

**Rede
des Parlamentarischen Geschäftsführers**

Wiard Siebels, MdL

zu TOP Nr. 2a

Aktuelle Stunde

**Bundesregierung ohne klaren Kurs - Ampel-
Versagen gefährdet Wirtschaft, Arbeitsplätze und
Wohlstand**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 18/11723

während der Plenarsitzung vom 21.09.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Thiele, dass Sie mal einen linken Politiker zitieren würden, spricht aus meiner Sicht schon Bände.

Aber ich will mich inhaltlich zunächst den Ausführungen von Herrn Birkner anschließen. Ich halte die Art des Auftritts und die Argumentation, die Sie hier fahren, der Lage gegenüber für nicht angemessen. Das will ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen.

Herr Dr. Birkner hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Ursache für alles das, worüber wir heute intensiv diskutieren, nicht bei uns zu suchen ist, sondern ganz eindeutig durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verursacht wurde. Aber die Auswirkungen treffen uns alle. Die Energiepreise steigen in ungekannte Höhen. Und es ist richtig, was Herr Ministerpräsident Weil gesagt hat: Diese Energiekrise darf nicht zu einer sozialen Krise werden, meine Damen und Herren.

Zu den Preissteigerungen kommt übrigens noch etwas hinzu. Auch darauf will ich noch einmal hinweisen. Das ist uns ganz deutlich vorgerechnet worden und stimmt auch. Wir haben nämlich nicht nur ein Preisproblem, sondern jedenfalls beim Thema Gas auch ein Mengenproblem. Wir haben nicht genug davon. Wir müssen rund 20 Prozent einsparen, damit wir durchkommen.

Meine Damen und Herren,

da würde es auch nicht helfen, Nord Stream 2 zu öffnen. Am Ende wäre es egal, durch welche Leitung Russland uns kein Gas liefert. Das muss man noch mal ganz ausdrücklich klarstellen.

Dann hat es die entsprechenden Entlastungen auf Bundesebene gegeben. Meine Vorredner sind zu Recht darauf eingegangen. Ich will durchaus selbstkritisch sagen, dass an der einen oder anderen Stelle beim Thema Rentner - jedenfalls steht das bei meinen Wählerinnen und Wählern ganz deutlich im Fokus - nicht alles so gelaufen ist, wie man sich das hätte wünschen können. Das, glaube ich, darf man selbstkritisch einräumen.

Aber das ändert wiederum auch nichts daran, dass wir eine Fülle von Maßnahmen - ich will sie alle nicht aufzählen - in einer riesigen Größenordnung - über 90 Milliarden Euro, mit der größten Wohngeldreform - auf den Weg gebracht haben. Nur zum Vergleich, damit man das in Relation setzen kann: Bei der Bankenkrise und bei der Corona-Krise haben wir jeweils über die Mobilisierung von etwa 30 Milliarden Euro gesprochen. Das zeigt schon, meine Damen und Herren, diese Bundesregierung handelt ganz eindeutig.

Und wer noch handelt, meine Damen und Herren, ist die SPD in Niedersachsen mit ihrem Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Stephan Weil: ein Härtefallfonds innerhalb eines 1-Milliarden- Euro-Paketes zur Abfederung von sozialen Notlagen, zur Nachfolge des 9-Euro-Tickets, zur Hilfe für kleine und mittlere Unternehmen, zur Hilfe für den Bereich Gesundheit, Pflege und Soziales, für die Sportvereine, für die Kultur, 250 Millionen Euro für Kitas und Schulen, meine Damen und Herren - realistisch finanziert und ein eigener Bei-trag in Niedersachsen, meine Damen und Herren!

Das will ich ganz deutlich in den Fokus rücken: Das unterscheidet uns von allen anderen Parteien, die unrealistisch finanzierte Vorschläge machen.

Die Umwidmung, die Sie vorschlagen, erfordert eine Zweidrittelmehrheit. Ich erkenne diese Zweidrittelmehrheit hier gerade nicht.

Die CDU - darauf wurde eingegangen - zeigt mit dem Finger nach Berlin. Aber, meine Damen und Herren, wer mit einem Finger auf jemand anderen zeigt, auf den zeigen auch drei Finger zurück.

Insgesamt gibt die CDU - leider, muss man sagen - ein eher zerrissenes Bild ab. Noch im März hat ein Friedrich Merz - das ist jetzt eine sprachliche Doppelung - gefordert, man solle den Gashahn komplett zudrehen. Wenn man damals auf diese Leute gehört hätte, dann stünden wir heute weiß Gott noch schlechter da, meine Damen und Herren.

Seit gestern gibt es ein sogenanntes Sofortprogramm der CDU, das Herr Thiele angekündigt hat, aber vorsichtshalber ist er nicht auf die Inhalte eingegangen.

Deswegen versuche ich, das jedenfalls teilweise abzuarbeiten. Im Wesentlichen kann man das so zusammenfassen: alles alter Wein in neuen Schläuchen, meine Damen und Herren. - Die Diskussion über die Kernkraftwerke, die Diskussion über die Kohle, der Preisdeckel - meine Vorredner sind darauf eingegangen -: alles in Berlin längst Thema!

Was wirklich bemerkenswert bis - so möchte es beinahe nennen - mutig ist, ist der geforderte Turbo bei den erneuerbaren Energien, ganz so, als habe es einen Peter Altmaier nie gegeben, und ganz so, als habe nicht die CDU Niedersachsens selbst in ihr Wahlprogramm abermals die Forderung nach einer pauschalen Abstandsregelung für Windkraftanlagen aufgenommen. Das ist nun wirklich alles andere als ein Turbo, meine Damen und Herren. Das ist eine Bremse, um es ganz deutlich zu sagen!

Zur Finanzierung sagen Sie vorsichtshalber nichts. Auch hier gilt, was meine Vorredner gesagt haben: Dieses Programm enthält nicht das angekündigte

Programm für die Bäckereien; 150 Millionen Euro sind uns angekündigt worden. Es enthält keine Nachfolge für das 9-Euro-Ticket.

Alles, was am Ende dabei rüberkommt, ist, dass man Ampel-Bashing in Richtung Berlin betreibt. Meine Damen und Herren, das wird der Lage nun weiß Gott nicht gerecht. Meine Vorredner sind zu Recht darauf eingegangen.

Trotz Wahlkampf, meine Damen und Herren, ist die Lage so ernst, dass wir handeln müssen. Die SPD hat einen konkreten, finanzierbaren Vorschlag gemacht. Ich würde mir wünschen, dass alle Fraktionen dieses Hauses darauf eingehen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.